

Demokratischer Umgang mit verfassungsfeindlichen Strömungen am Beispiel des Rechtsextremismus

15.09.2011

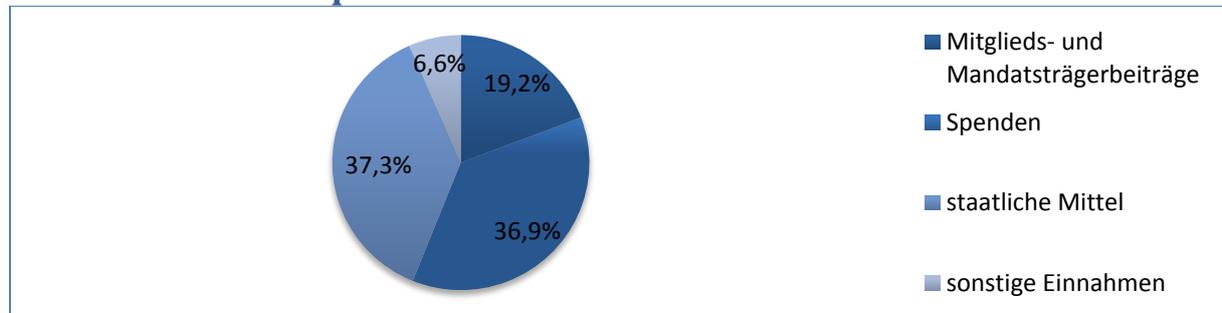
In welche Gruppierungen teilt sich der Rechtsextremismus auf?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt zu den rechtsextremen Strömungen in Deutschland „hauptsächlich subkulturell geprägte Rechtsextremisten, Neonazis einschließlich der „Autonomen Nationalisten“ sowie die rechtsextremistischen Parteien, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und „Deutsche Volksunion“ (DVU).“

Wie ist die NPD organisiert?

Wie andere Parteien auch gliedert sie sich in Bundesverband, Landesverbände, Bezirksverbände, Kreisverbände und eventuelle Untergliederungen der Kreisverbände. Dazu kommen die Unterorganisationen der NPD: die „Junge Nationaldemokraten“ (JN), die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) und der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Des Weiteren gibt sie die monatlich erscheinende Parteizeitschrift „Deutsche Stimme“ heraus. Die Zahl der Parteimitglieder ist von 2008 (7000 Mitglieder) über 2009 (6800 Mitglieder) bis 2010 (6600 Mitglieder) kontinuierlich gesunken.

Welche Einnahmequellen hat die NPD?



Welche politischen Ziele vertritt die NPD?

offizielle Bekenntnisse	rechtes Meinungsspektrum	linkes Meinungsspektrum	inoffizielle Aussagen
<ul style="list-style-type: none"> • freiheitlich-demokratische Grundordnung 	<ul style="list-style-type: none"> • fremdenfeindliche Parolen • Austritt Deutschlands aus internationalen Vereinigungen wie der EU und der NATO • Grundgesetz nicht als legitimierte Verfassung • „Volksgemeinschaft“ • harte Strafen • Todesstrafe • lebenslange Strafdauer bei lebenslanger Verurteilung 	<ul style="list-style-type: none"> • rein staatliche Infrastruktur • einheitliches staatliches Sozialversicherungsmodell für alle Bürger 	<ul style="list-style-type: none"> • z.B.: „Das draußen ist ein kaltes, zubetoniertes, volksfeindliches, asoziales System, das gehört nicht verändert, das gehört abgeschafft“ (NPD-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt)

Demokratischer Umgang mit verfassungsfeindlichen Strömungen am Beispiel des Rechtsextremismus

15.09.2011

Was ist das Parteiverbotsverfahren und wie läuft es ab?

- Rechtsgrundlage: Art. 21 Abs. 2 GG
- Antragsberechtigte: Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, evtl. Landesregierung (wenn sich das Wirken einer Partei nur auf das entsprechende Bundesland erstreckt)
- Grundsätze (Auslegung des BVerfG): nicht durch bloße Nichtanerkennung der „obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ begründbar, „aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung“ nötig, kein konkretes Unternehmen, sondern dauernder politischer Kurs gegen freiheitlich-demokratische Grundordnung ausschlaggebend
- Folgen: Partei und alle ihre Teilorganisationen werden aufgelöst, Ersatzorganisationen zu schaffen wird verboten, Vermögen wird zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen

Welche Parteiverbotsverfahren gab es in der Vergangenheit?

Partei	Ergebnis
„Sozialistische Reichspartei“ (SRP)	Parteiverbot
„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)	Parteiverbot
„Nationale Liste“ (NL)	NL ist keine Partei; Verbot nach Vereinsrecht
„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	FAP ist keine Partei; Verbot nach Vereinsrecht
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	drei Richter des Bundesverfassungsgerichtes: unklare Rolle der V-Leute des Verfassungsschutzes ist ein Verfahrenshindernis → Einstellung des Verfahrens ohne Urteil

Wie ist ein NPD-Verbot zu beurteilen?

- Martin Morlok: „die Verarmung dieser [politischen] Debatte um die Stimme einer Partei problematisch“
 - Ist das Verstummen rechtsextremer Stimmen, die gegen andere Mitmenschen vorgehen wirklich problematisch?
- Folgen einer ungeschützten Verfassung: keine Handlungsmöglichkeit demokratischer Politiker gegen staatsfeindliche Parteien → Goebbels: „Wir werden Reichstabsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung [...] lahmzulegen. [...] Wir kommen als Feinde!“
- Karl Dietrich Bracher: „die Nichteinleitung eines Verbotsantrags und Verfahrens bewirkt [...], daß diese Partei als verfassungsmäßig gilt“

Welche Alternativen zum Parteiverbot gibt es?

- Charakter der NPD für den Bürger nur schwer zu erkennen → Zustand kann aber auch durch eine effektive Ausnutzung der Meinungs- und Pressefreiheit verbessert werden: Wenn Presse und Bürger allen Menschen in Deutschland vermitteln, dass die NPD nicht dem demokratischen Bild entspricht, und sie davon überzeugen, die NPD nicht zu unterstützen, ist ein dem Parteienverbot ähnliches Ergebnis erreichbar.
- Lau/Soeffner: Vermittlung der Werte der Verfassung als Möglichkeit, Jugendlichen eine Alternative zur Selbstfindung in der Demokratie statt in rechten Strömungen zu geben
- ➔ Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Köpfen der Menschen

Das vollständige Referat im Internet: <http://link.tillmenke.de/sf1105>